Bild: Otto-Pressebild (Ausschnitt)

Spenden statt schreddern

SPD und Grüne wollen die Vernichtung von Retouren verhindern

Politiker werfen Online-Händlern vor, massenhaft brauchbare Produkte zu entsorgen. Die Versender sehen sich jedoch zu Unrecht kritisiert.

Von Christian Wölbert

Eigentlich wollten die Grünen ihr Image als Verbotspartei ablegen. Doch Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt ärgert sich dermaßen über die Entsorgung retournierter Produkte durch Händler, dass sie das V-Wort wieder in den Mund nimmt: Wenn andere Maßnahmen nicht helfen, „werden wir auch über ein Vernichtungsverbot reden müssen“, erklärt sie gegenüber c’t.

Auch Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) hat das Thema entdeckt. Sie spricht zwar nicht explizit von einem Verbot, will Händlern aber „sehr klar vorschreiben, wie mit Retouren umzugehen ist“. Die Ware dürfe nicht „einfach vernichtet“ werden, sagte sie Mitte Oktober.

Die Branche fühlt sich zu Unrecht an den Pranger gestellt. Die Politik übertreibe, klagt der Händlerbund: „Derzeit herrscht die Annahme vor, Händler würden retournierte oder unverkaufte Waren willkürlich vernichten.“ Das habe mit der Praxis jedoch wenig gemein. Ähnlich äußert sich der Verband BEVH: „Kein Händler möchte ohne Not Ware wegwerfen.“

Der BEVH verweist auf eine Studie der „Forschungsgruppe Retourenmanagement“ der Universität Bamberg, derzufolge deutsche Online-Händler 2018 lediglich 3,9 Prozent aller Retouren entsorgt haben. Die Darstellung einer massenhaften Vernichtung – wie in einer Reportage des ZDF-Magazins Frontal 21 – decke sich nicht mit den Daten, schreiben die Forscher. Knapp 80 Prozent der Retouren würden direkt als A-Ware wieder verkauft.

Keine Alternative zur Tonne

Doch wie realistisch ist die Studie? Sie beruht auf einer Umfrage unter Online-Händlern. Man könnte vermuten, dass viele von ihnen ungern über das Schreddern brauchbarer Produkte sprechen. Der Leiter der Forschungsgruppe, Björn Asdecker, hält seine Daten trotzdem für aussagekräftig. Zum Zeitpunkt der Umfrage sei das Entsorgungs-Problem öffentlich kaum diskutiert worden. Daher spiele die „soziale Erwünschtheit“ eine untergeordnete Rolle, sagt er.

Außerdem sei die Vernichtung „oftmals alternativlos“, heißt es in der Studie. In 53 Prozent der Fälle hätten die Händler die Ware nicht aufbereiten können, zum Beispiel aufgrund von Defekten. Das sei zum Großteil dem Kundenverhalten zuzurechnen, betont Asdecker. „Es ist teilweise Wahnsinn, in welchem Zustand die Retouren bei den Händlern ankommen.“

Das Handelsforschungsinstitut EHI hat ebenfalls Händler zum Umgang mit Retouren befragt. Demzufolge werden rund 70 Prozent als A-Ware wieder verkauft. Darüber hinaus lassen sich die Daten nicht mit denen aus Bamberg vergleichen, da das EHI nicht nach dem Anteil der entsorgten Retouren gefragt hat. Aber auch laut dieser Studie ist die Entsorgung eher die Ausnahme.

Also alles halb so wild? Der Bamberger Studie zufolge entsorgen Online-Händler immerhin rund 40 Prozent der Retouren, weil kein Abnehmer oder Spendenempfänger bereitsteht oder die Abgabe unwirtschaftlich ist. In absoluten Zahlen sind das 7,5 Millionen intakte Artikel, die pro Jahr im Müll landen. „Das ist eindeutig zu viel“, meint Göring-Eckardt.

Wegwerfen ist billiger

Aus Sicht der Unternehmen ist die Politik jedoch selbst schuld daran, dass viele Artikel entsorgt statt gespendet werden. BEVH und Händlerbund weisen darauf hin, dass Unternehmen für jede Sachspende Umsatzsteuer zahlen müssen. Das müsse die Bundesregierung ändern.

Tatsächlich ist Wegwerfen oft billiger als Spenden. Die Umsatzsteuer für Spenden beläuft sich auf 19 Prozent der Wie-

© Copyright by Heise Medien
Persönliches PDF für alle Leser der c't aus 30625 Hannover

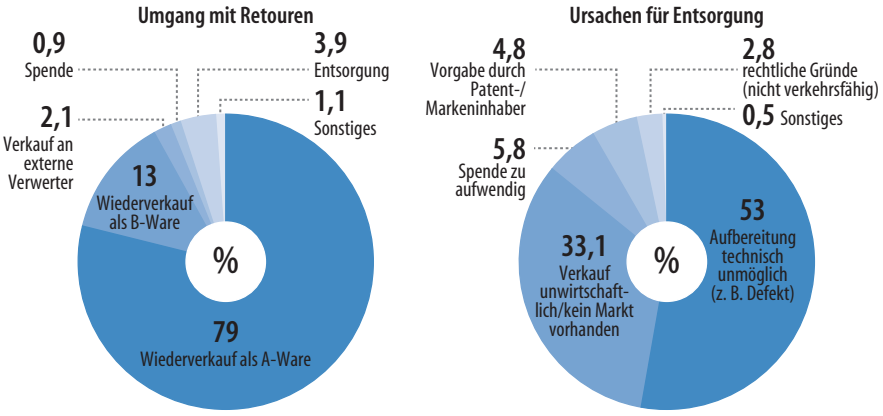
derbeschaffungskosten. Nur einen Teil erhalten die Firmen vom Finanzamt erstattet. Wozu das führt, hat das Magazin Brand Eins am Beispiel von 80 Tonnen Shampoo im Wert von 160.000 Euro berechnet: Wird die Ware gespendet, zahle der Besitzer dafür 21.280 Euro. Die Vernichtung koste lediglich 3200 Euro.

Auch die Grüne Göring-Eckardt will das ändern. Das Finanzministerium müsse endlich eine Umsatzsteuerbefreiung für Spenden einführen, fordert sie. Das Ressort von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) stellt sich jedoch quer: Eine Abschaffung der Sachspende-Steuer würde Missbrauch ermöglichen und wäre EU-rechtlich nicht zulässig, sagt ein Sprecher.

Außer den Spendenregeln spiele aber noch ein anderer Faktor eine wichtige Rolle, meint Retourenforscher Asdecker: Viele Händler hätten gar keine eigenen Hallen, sondern lagerten ihre Waren bei Plattformbetreibern wie Amazon. In diesen Fällen sei die Entsorgung oftmals „die einzige praktikable Option“.

Das sagen die Händler

Online-Versender entsorgen laut einer Umfrage der Universität Bamberg im Durchschnitt nur knapp 4 Prozent der Retouren.



Quelle: Forschungsgruppe Retourenmanagement, Universität Bamberg

Zudem beeinflussen die Plattformen durch ihre Gebühren das Verhalten der Händler. Bis Ende August verlangte Amazon höhere Gebühren für die Rücksendung zum Händler als für die Entsorgung. Im September änderte der Konzern das – nun ist das Zurückschicken nicht mehr teurer. Asdecker findet die Entsorgungskosten aber immer noch zu niedrig, „um Verhalten zu ändern“. *(cwo@ct.de)* c't

Anzeige

© Copyright by Heise Medien
Persönliches PDF für alle Leser der c't aus 30625 Hannover